

**Zeitschrift:** Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus  
**Herausgeber:** Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege  
**Band:** 89 (1995)  
**Heft:** 9

**Artikel:** Bosnien : Bewegung, Verwirrung und Fragen  
**Autor:** Braunschweig, Hansjörg  
**DOI:** <https://doi.org/10.5169/seals-143924>

### **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

### **Conditions d'utilisation**

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

### **Terms of use**

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

**Download PDF:** 09.03.2025

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>**

## Fragen zum Krieg in Ex-Jugoslawien

Warum beteuern wir so eindringlich unsere Ohnmacht gegenüber dem Krieg in Ex-Jugoslawien?

Waren wir weniger ohnmächtig während des «Kalten Krieges», als die Raketen aus West- und Ost-Europa die Welt hätten x-mal austradieren können? Aber mit der Friedensbewegung gingen Hunderttausende auf die Strasse, um gegen den drohenden Irrsinn zu protestieren.

Waren wir weniger ohnmächtig während des Golfkrieges, als der Irrsinn real ausgebrochen war? Warum protestierten wir damals noch gegen den Krieg?

Warum bleiben wir jetzt stumm, wo ein Krieg seit über vier Jahren wütet, vor unserer Haustüre, in einer Gegend, wo unser-einer vor kurzem noch Ferien machte, in einer Gegend, aus der «Gastarbeiter» kamen, solche, die schon vor dem Krieg aus dem «Kreis» ausgeschlossen wurden, aus dem wir uns noch bedienen lassen wollen?

Warum nehmen wir jetzt erst zur Kenntnis, dass in dem Land, wo jetzt der mör-

derische Krieg tobt, verschiedene Religionen, Kulturen, «Ethnien» uns hätten lehren können, was das heisst, ein multikulturelles Zusammenleben von Menschen? Ausgerechnet jetzt, wo dieses humane Experiment dort zerstört wird?

Ist man etwa froh, Sündenböcke zu haben, die man billig und mit gerechter Empörung generalisierend als Kriminelle, als Faschisten bezeichnen kann, weil sie doch hier, vor unserer Haustüre, die leidige Sache Islam für uns erledigen? Ohne dass man hierzulande offen über so etwas reden müsste, aber klammheimlich froh ist, dass die Muslime wenigstens der Festung Europa, zu der wir auch gehören, nicht mehr nahetreten werden?

Schweigen wir in Wirklichkeit über einen Stellvertreterkrieg und heulen schweigend mit den Wölfen?

(Text für die Kundgebung «Stop dem Krieg in Bosnien-Herzegowina» am 27. Juli auf dem Münsterhof in Zürich)

---

Hansjörg Braunschweig

## Bosnien: Bewegung, Verwirrung und Fragen

*Hansjörg Braunschweig verarbeitet für uns die Eindrücke von der Bosnien-Kundgebung am 27. Juli auf dem Münsterhof in Zürich, an der er in einer eindrücklichen kurzen Rede die Frage «Was können wir tun?» zu beantworten suchte.* Red.

### Was soll ich nur sagen?

«Eine Kundgebung «Stop dem Krieg in Bosnien?» fragte ich ungläubig zurück: «Und schon am nächsten Donnerstag? Ich

habe etwas gegen die wöchentlichen improvisierten Demonstrationen. Wer hat schon zugesagt? Welche Rednerinnen und Redner? Was sind Inhalt und Ziel dieser Aktion?»

Martina Steinhauser, Medienschaffende bei Tele-Züri, und Bettina Volland, Mitarbeiterin beim HEKS, wussten, was sie wollten: «Wir wollen und können die kriegerischen Handlungen gegen Bosnien, die Zivilbevölkerung und die UNO-Schutzzonen sowie das Verschwinden, Foltern und Ermorden von Menschen nicht mehr ertragen. Wir wollen wissen, ob andere Menschen mit ihrer Wut, ihrer Ohnmacht und Ratlosigkeit auch nicht mehr allein sein können. Deshalb haben wir vor drei Tagen abends um 22 Uhr zu telefonieren angefangen, zuerst im Bekanntenkreis, dann bei Gruppen, Organisationen, Parteien, Redaktionen und den Stellen für die Bewilligung. Wir stossen auf grosse Unterstützung – trotz Ferienzeit! Vielleicht kommen 50, vielleicht 10 000. Rednerinnen und Redner sollen alle sehr kurz das sagen, was sie fühlen, denken, sagen müssen.»

Nach Rücksprache sagte ich die Unterstützung für die Neuen Wege und das Friedensforum Zürich zu und im zweiten Anlauf auch die kurze Rede. Ein wenig schämte ich mich meiner anfänglichen Skepsis und machte mir Gedanken über weibliche Entschlusskraft und männliches Zögern.

Als ich meine Rede vorbereitete, erinnerte ich mich an einen schwarzen Tag in den achtziger Jahren, als in Polen das Kriegsrecht verhängt wurde und wir eine sowjetische Intervention befürchteten. Eine Frau sagte damals in die Ratlosigkeit und unser Schweigen hinein: «Wir müssen doch fragen, was wir bei uns zugunsten der Schwachen und Leidenden tun können.» Viele reagierten verwundert und fragend. Sie aber beharrte auf ihrem Vorschlag: «Heute und morgen können wir in Polen gar nichts tun. Sollen wir uns der Lähmung oder dem Selbstmitleid hingeben? Sind wir zufrieden mit einem papiernen Communiqué, einer improvisierten Kundgebung? Oder wollen wir darüber hinaus etwas tun, wenigstens beginnen oder vorbereiten?» – An diesen Ratschlag habe ich mich erinnert. Ich wollte Konkretes sagen, zum Handeln aufrufen.

## Sinnvolles Tun kann Ohnmacht überwinden

Ich dachte laut nach:

1. Nehmen wir wieder Kontakte mit Menschen aus dem ehemaligen Jugoslawien auf, die hier wohnen, arbeiten, warten und mehr und direkter leiden als wir.

2. Mischen wir uns ein, wenn wir im Tram, im Laden, am Arbeitsplatz hören, dass überheblich, beleidigend, lieblos von Ausländerinnen und Ausländern gesprochen wird.

3. Ein Gottesdienst in diesen Wochen oder die Bundesfeier 1995 ohne ein Wort zum Krieg in Bosnien ist kein Gottesdienst, keine Bundesfeier. (Als Schweizerbürger war ich zutiefst verletzt, als uns der Bundespräsident in seiner Rede zum 1. August 1995 eine Konserve zumutete, die zwei Monate vorher aufgenommen worden und schon damals veraltet war.)

4. Als Medienkonsumierende dürfen wir uns mit der entmutigenden Kriegs- und Hofberichterstattung nicht zufrieden geben. Wir müssen *auch* eine *Friedensberichterstattung* fordern, die über jene tapferen Frauen und Männer in Bosnien und anderswo informiert, die in Antikriegszentren weiterarbeiten, in Gruppen Widerstand gegen den Nationalismus leisten und in Opposition zu Militarismus und ethnischen Säuberungen stehen. Wir brauchen Ermutigung und Hoffnung. (In der folgenden Woche wurde ich zu einem Radio-Interview über die Medienberichterstattung eingeladen.)

5. Wenn unser Engagement für Bosnien glaubwürdig sein soll, dürfen und können wir uns vor der *Aufnahme von Flüchtlingen* nicht drücken. Bereits haben Hilfswerke und Private positiv reagiert. Damals wich der Bundesrat mit einem sehr mageren Communiqué aus: Das UNO-Flüchtlingskommissariat habe noch gar kein Gesuch gestellt und ein solches sei auch nicht zu erwarten. (Wenige Tage später traf das Gesuch in der Schweiz wie in vielen andern Ländern ein. Männiglich staunte über die Unfähigkeit der Verwaltung, die Notlage richtig einzuschätzen. Der Bundesrat be-

gnügte sich mit einer symbolischen Geste und schlug entgegen seinem Versprechen anstelle der sofortigen Aufnahme von Flüchtlingen eine kleinkarierte Länder-Konferenz vor, um die Aufnahmezahlen miteinander vergleichen zu können. Ich erinnere mich an die Flüchtlingspolitik im Zweiten Weltkrieg und schäme mich, Schweizer zu sein.)

### **Wir sind nicht ratlos, wenn wir nicht ratlos sein wollen**

Vorgängig der Kundgebung fand eine Protestaktion im Zürcher Hauptbahnhof statt, in deren Mittelpunkt das Requiem von Mozart stand. Das gemeinsame Neben- und Miteinander war für alle spürbar.

Die Zahl der Teilnehmerinnen und Teilnehmer auf dem Münsterhof wurde mit drei- bis viertausend beziffert. Viele hatten das Bedürfnis, mit dem Schrecken des Krieges nicht allein zu sein. Sie waren froh, vielleicht dankbar, wenn andere die eigene Resignation in Worte fassen konnten. Ich spürte neben Wut und Ohnmacht auch Erleichterung und Duldsamkeit. Die Voten waren verschiedenartig, teils gefühlsmässig ausgerichtet oder enthielten kämpferische Forderungen mit politischem Inhalt.

Nach der Errichtung eines Mahnmals auf der Münsterbrücke war die Kundgebung abgeschlossen. Viele trafen alte und neue Bekannte. Es gab positive und negative Reaktionen auf das, was gesagt oder nicht gesagt worden ist. Heftige Vorwürfe musste ich entgegennehmen, weil ich nicht von «faschistischen Serben» gesprochen hatte. Als Gegenstück erzählte mir ein anderer, er spiele mit vielen Jugoslawen in einem Ping-Pong-Klub, in dem man vereinbart habe, sich trotz verschiedener Herkunft nicht auseinanderdividieren zu lassen!

Auf den Strassen und Plätzen, in den Cafés und Restaurants ging das Fragen und Diskutieren weiter: Viertausend Menschen trotz Ferienzeit? Selbst die bürgerlichen Parteien SVP und FDP hatten die Aufrufe und Inserate unterschrieben. Das hat es schon lange nicht mehr gegeben. Haben die Parteisekretäre gespürt, dass es auch

unter ihren Mitgliedern Ratlose und Verunsicherte gibt und dass auch ihre Parteien keine konkreten Antworten geben können? Die redaktionelle Werbung von Tages-Anzeiger und DAZ löste je nach politischer Herkunft Verwunderung, Anerkennung oder Freude aus. «Der Chefredaktor hatte eine Sternstunde!» war zu hören. Nur vereinzelte Skeptiker bemerkten: «Das Ferienloch musste sinnvoll gefüllt werden.»

### **Eine reale Utopie**

An manchen Tischen vertieften sich die Gespräche: «Wir müssen natürlich zugeben, dass wir kaum konkrete Antworten auf die Fragen nach Frieden, nach sozialer und politischer Gerechtigkeit, nach Durchsetzung der Menschenrechte und der Demokratie geben können.» «Mindestens über die Aufnahme von Flüchtlingen sollten wir uns einigen können.» «Und wenn es um serbische Vertriebene geht?» «Dann eben helfen an Ort!» «Wenn das richtig ist, dann hat der Bundesrat mit seiner Zurückhaltung doch recht?» «Das finde ich gar nicht: Wenn wir schon bei der UNO, bei der NATO, bei den Blauhelmen nicht dazugehören, dann sollten wir wenigstens bei der Aufnahme von Flüchtlingen so grosszügig wie möglich sein.» «Aber dann müssen wir mit Kriegsverbrechern zusammenarbeiten, mit ihnen Vereinbarungen treffen. Das ist unerträglich! Wie lange wollen wir uns noch anlügen lassen?»

«Ich bin sehr glücklich, dass die Kundgebung stattgefunden hat. Wäre der Aufruf nicht so allgemein gehalten gewesen, dann hätte es wochenlange Diskussionen und keine Demonstration gegeben!» «Einverstanden, aber dann darf es nicht bei einer Kundgebung bleiben. Sie muss wiederholt werden, immer wieder, wenn möglich am gleichen Ort!» «Zum Beispiel beim oder im Hauptbahnhof! Gerade auch für Ausländerinnen und Ausländer ist der Bahnhof ein wichtiger, sehr emotionaler Ort, ein Ort schmerzvoller Abschiede, sehnsüchtigen Wartens und vieler Freudenstränen. Und ausserdem gibt es viele Passantinnen und Passanten, die ansprechbar

sind mit Musik, Worten, Blumen oder Transparenten.»

«Warum eigentlich nur in Zürich?» «Hoffentlich kommen sie andernorts auch auf diese Idee!» «Eine schöne Vorstellung: An jedem Schweizer Bahnhof an jedem Donnerstagabend eine Versammlung oder auch nur eine kurze Begegnung. Schweigen. Eine Meditation. Ein Musikbeitrag. Eine Diskussion. Ein Bericht aus Bosnien oder eine Verabschiedung in ein Antikriegszentrum, zu Frauen, die den Krieg ablehnen. Ich weiss, es ist eine Utopie, aber doch eine reale Utopie!»

«In Bosnien geht das Morden und Foltern weiter, während wir hier Utopien ausdenken und uns auch noch gut und wichtig vorkommen. Morgen ist alles anders: Wir werden streng arbeiten, haben Termine und keine Zeit. Kolleginnen und Kollegen wollen nichts wissen von einer Demonstration, schenken uns im besten Fall ein spöttisches Lächeln.» «Schon jetzt denke ich daran, wie ich heute abend nach Hause komme. Draussen regnet es heftig, und ich habe keinen Regenschutz!»

«Kein Problem. Das letzte Tram ist noch nicht abgefahren! Ist es realistischer, wenn wir für nächsten Donnerstag zu einer Zusammenkunft einladen, um uns noch mehr Gedanken über die nächste Demonstration zu machen, um aus den heutigen Erfahrungen Schlüsse zu ziehen und einen Schritt vorwärts zu machen?» «Ich könnte unser Büro zur Verfügung halten: die cfd-Frauenstelle. Männer haben auch Zutritt, sind sogar willkommen! Gartenhofstrasse 7, im Kreis 4. Für die, die es nicht wissen: ein Ort mit Friedenstradition!» «Aber dann dürfen wir den heissen Fragen nicht ausweichen. Dann muss auch über die *Aufhebung des Waffenembargos* gesprochen werden und über eine *militärische Intervention* in Bosnien!» «Einverstanden, aber Du musst uns sagen, ob das Embargo auch für Serbien und Kroatien aufgehoben werden soll. Und wer soll militärisch intervenieren? Wo und mit welchem Ziel, welche politische Behörde setzt den Rahmen und die Grenzen?» «Für Serbien gibt es gar kein Waffenembargo.» «Doch, natürlich, aber es wurde

sehr häufig durchlöchert. Müsste nicht zuerst der Versuch gemacht werden, das Embargo wirklich durchzusetzen?» «Dass ich nicht lache! Wer soll das überwachen? Die UNO oder die NATO, diese Versager-Organisationen? Oder die Blauhelme, kurz bevor sie als Geiseln gepackt werden?»

Etliche reden für und andere gegen das Embargo. Je lauter einzelne versuchen, ihr Gegenüber rhetorisch auszustechen, desto unverständlicher wird die Diskussion. Bis sich die Frau durchsetzen kann, die zur Diskussion eingeladen hat: «Ich hatte geglaubt, wir könnten gerade über diese Fragen nächste Woche diskutieren. Ich frage mich, weswegen unsere Diskussion so emotional geworden ist, als ob wir gar nicht das gleiche Anliegen hätten.»

### **Wird etwas in Gang kommen?**

Die *Berichterstattung* in den Medien war unterschiedlich: ziemlich umfassend, teilweise willkürlich im Tages-Anzeiger, sehr dokumentarisch die DAZ, sachlich die NZZ mit einer Spitze gegen die Intellektuellen.

Die Diskussion der *Arbeitsgruppe* fand mit 22 Personen statt. Dorothee Wilhelm, die Mitarbeiterin der cfd-Frauenstelle, verschickte ein mehrseitiges Papier mit *27 Kontaktstellen und Einsatzprojekten* in Bosnien; diese Aufstellung fand auch den Weg in die Presse. Ich wusste gar nicht, dass so viele Verbindungen nach Bosnien bestehen. Es fehlt offenbar an Information, Koordination und Zusammenarbeit. Ob eine Kontaktnahme in Gang kommen wird? Wie oft haben die Medien nach der Aktivität der Friedensbewegung gegen den Krieg im ehemaligen Jugoslawien gefragt? Und wie wenig haben sich die Medienschaffenden darum bemüht oder sogar bewusst nur bei gewaltsamen oder kriegerischen Auseinandersetzungen recherchiert!

Eine zweite Arbeitsgruppe nahm sich der *Medienhilfe* an und schloss sich später mit der ersten Gruppe zusammen. Im Monat August fanden an den Donnerstagabenden trotz Ferienzeit mehrere Begegnungen statt.

## **Kroatiens «Blitzkrieg» gegen die Krajina**

Der kroatische Präsident Franjo Tudjman war nicht gewillt, das Ergebnis unserer Diskussion in Zürich abzuwarten! Nicht unerwartet begann er einen Krieg, den er «Blitzkrieg» nannte, um wieder in den Besitz der Krajina zu kommen. «Blitzkrieg» ist mir als nationalsozialistische Wortbildung aus dem Zweiten Weltkrieg in Erinnerung geblieben. Der kroatische Staatschef gebraucht aber nicht nur dieses Wort, mit seinem Verhalten erinnert er auch an die *Zeit des Faschismus in Kroatien* von 1941 bis 1943 unter Diktator Ante Pavelic, an die Zeit der systematischen Serbenverfolgung.

Nach zwei, drei Tagen herrschte Tudjman über die Dörfer und Städte der Krajina und «säuberte» sie, wie ein weiterer Begriff aus dem faschistischen Wörterbuch heisst, nach «ethnischen» Gesichtspunkten. Zeitweise waren 250 000 Serbinnen und Serben auf der Flucht, unwichtig ob freiwillig oder wegen zwangsweiser Vertreibung. Ihre Wohnstätten wurden teilweise angezündet und zerstört, um den Willen zu einer späteren Rückkehr zu brechen. Diese *Vertreibung* dürfte sich langfristig für die Menschen *folgenreicher* auswirken als die eigentlichen Kriegshandlungen, denn die neuen Flüchtlinge werden die früheren Flüchtlinge vertreiben, um selber überleben zu können.

*Hass und Verbitterung* in unsäglichem Masse werden nicht verarbeitet, sondern im Gegenteil vertieft und auf Kinder und Kindeskindern übertragen. Kommende Generationen werden sich wieder fragen, woher es kommt, dass unerwartet Nationalismus und Rassismus hervorbrechen.

## **Militärische Intervention von aussen?**

Ich befürchte, dass jede militärische Intervention im Balkan, auch wenn sie von aussen kommt, das Risiko in sich birgt, *neue Flüchtlingsströme* zu verursachen. Ich warte jedenfalls noch immer vergeblich auf die konkrete Beantwortung der schwie-

rigen Fragen, die sich aus einer solchen Intervention ergeben würden. Diese Analyse müsste auch die Frage beantworten, warum die NATO sich bisher zurückhielt. Haben denn die grossen und die kleinen Staaten je den Willen gehabt, Teile ihrer Soldaten und ökonomischen Ressourcen einzusetzen, wenn keine direkten eigenen Interessen auf dem Spiel standen? Welches wären die Ziele einer militärischen Intervention? Die Offiziere der NATO können sehr gut sagen, wie eine militärische Intervention anfangen müsste. Können sie auch sagen, wo und wie sie aufhören würde? Haben heutige Befehlshaber die Gesetze des Krieges, der modernen Waffensysteme, im Griff?

Ich erwarte von dieser Analyse auch die Erklärung, warum die Konflikte bis heute nicht mit nichtmilitärischen Mitteln ganz oder teilweise gelöst werden konnten, auch nicht mit dem beidseitigen Waffenembargo und der Wirtschaftsblockade gegen Rest-Jugoslawien. Könnte es sein, dass der gemeinsame Wille fehlte? Die einen hatten ihre Verbindungen zu Serbien, die andern zu Kroatien, die dritten zu Bosnien, und alle waren zuerst den *eigenen Interessen* verpflichtet.

In diesen Fragen sind meine Bedenken gegen Waffenlieferungen und gegen eine militärische Intervention enthalten. Damit will ich aber nicht den Eindruck erwecken, ich könnte alle Fragen beantworten, die sich aus einem Verzicht auf Waffen und Intervention ergeben.